NEUES FORUM LEIPZIG
Demmeringstraße 40
04177 Leipzig - Lindenau

Tel. / Fax (0341) 2 61 53 66
Tel. (0341) 4 41 17 95



Leipzig, 03. März 1994

An die kommunalpolitisch interessierten Frauen
in der **FRAUENINITIATIVE LEIPZIG (FIL)**
bzw. des UNABHÄNGIGEN FRAUENVERBANDs e.V.

Haus der Demokratie
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig

EINLADUNG
ZUM GEMEINSAMEN WAHLANTRITT
IN LEIPZIG

Seid gegrüßt,

angesichts der sozialen und politischen Situation hat sich das NEUE FORUM zur Teilnahme an den Wahlen in diesem sogenannten "Superwahljahr" entschlossen. Daß die Bürgerbewegung selbständig zu den Europawahlen am 12. Juni antritt, wird sich inzwischen herumgesprochen haben. In Sachsen wird das NEUE FORUM am selben Tage auch in manchen kleineren Gemeinden, in Landkreisen und Großstädten zu den Kommunalwahlen antreten. Auch Mitglieder des NEUEN FORUM Leipzig sind gewillt, sich den Wählerinnen und Wählern zu den Kommunalwahlen zu stellen. Über die Beteiligung an den Landtagswahlen wird in Sachsen anläßlich des Landesforum am 16. April in Bischofswerda entschieden.

Entgegen der herrschenden Politik möchten wir für soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit eintreten, mithin gegen die weitere Zerstörung sowohl des Sozialstaates wie des Rechtsstaates. Zu den letzten Wahlen traten der UNABHÄNGIGE FRAUENVERBAND, das NEUE FORUM, die *Initiative Frieden und Menschenrechte*, die *Grünen* und *Demokratie Jetzt* auf gemeinsamen Listen an. Aus diesem Bündnis heraus wurde zuerst in Sachsen die Partei *Bündnis 90 / Die Grünen* gegründet, dies unter maßgeblicher Beteiligung des einstigen Leipziger Vorstandes des NEUEN FORUM. Wenngleich der Versuch einer unrechtmäßigen Auflösung des NEUEN FORUM durch Gründungsmitglieder des *Bündnis 90 / Die Grünen in Sachsen* mißglückte, so wirkten diese parteipolitischen Manöver doch schwächend. Wir neigen nicht zur Selbstüberschätzung und wissen um unsere Schwächen bezüglich der finanziellen und strukturellen Möglichkeiten. Jedoch sind die inhaltlichen Differenzen, welche damals ein Zusammengehen mit dem *Bündnis 90/Die Grünen* sowohl für das NEUE FORUM wie für die *Initiative Frieden und Menschenrechte* verhinderten, seither mit zunehmender Deutlichkeit hervorgetreten - und dies selbst in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit. (In Meiningen besteht bereits die erste kommunale Koalition zwischen der CDU und dem *Bündnis 90/ Die Grünen*.)

Wesentliche Inhalte, die anfangs in der Bürgerbewegung Konsens waren, werden vom *Bündnis 90 / Die Grünen* nicht mehr geteilt. Daher werden einige politische Optionen unter den Parteien (und de jure ist auch das FORUM Organisation im Sinne des Parteiengesetzes) nur noch vom NEUEN FORUM konsequent vertreten. Da diese sich inhaltlich weitgehend mit jenen der FRAUENINITIATIVE LEIPZIG decken dürften, wünschten wir uns einen gemeinsamen Wahlantritt. Prüft bitte, ob Ihr die politische Notwendigkeit dazu seht und Lust dazu hättet! Es wäre sehr in unserem Sinne, könnten wir eine Liste geschlechtsparitätisch besetzen.

Der inzwischen offenen Werbung von bündnisgrünen Funktionären auf Landesebene für eine künftige Koalition mit der CDU unter dem Motto "offen für ein Sach- und Reformbündnis" entspricht in Leipzig auch die Kommunalpolitik. Das *Bündnis 90/ Die Grünen* regierte gemeinsam mit SPD und CDU unter OBM Lehmann-Grube nach dessen Methode der "Sachkoalition" - mag diese Methode auch neuerlich aus wahltaktischen Gründen kritisiert worden sein.
Es lebe das Gedächtnis!

Erhielten wir anfangs von seiten *Bündnis 90 / Die Grünen* stets den Vorwurf, es werde durch konkurrierendes Antreten bei Wahlen die gemeinsame politische Absicht geschwächt, so dürfte sich dies inhaltlich inzwischen erledigt haben. Den Weg der Anpassung an die herrschende Politik des Sozialabbaus und der Entrechtung haben wir nicht beschritten.
Erinnern wir uns einiger drastischer Beispiele aus Leipzig:

- Als es um die Schließung von **Kindertagesstätten** und um die Entlassung von Kindergärtnerinnen, Hausmeistern und Küchenfrauen ging, engagierten sich Mitglieder des FORUM ebenso wie die FRAUENINITIATIVE dagegen, aber Bü/Grü-Politiker planten die Entlassungen und führten sie auch durch, nachdem die PDS den für die Stadtregierung nützlichen Kompromiß unterbreitet hatte und damit den Beschäftigten politisch in den Rücken gefallen war.

- Positionierte sich das NEUE FORUM Leipzig klar gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie öffentlicher Einrichtungen und gegen Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst (Vgl. "Bürokraten verspielen unsere Zukunft..." Hrsg. NEUES FORUM Leipzig) so favorisierten bündnisgrüne Politiker das Modell "**Leipzig als Konzern**" als vermeintliche Rettung aus der kommunalen Finanznot. Das Konzept der Totalprivatisierung einer Kommune, das Modell zur Zerstörung kommunaler Demokratie - die klassische Zielsetzung der CDU-Kommunalpolitik - sollte in Leipzig getestet werden! Michael Weber betonte sogar, daß gesehen werden müsse, "wie weit im Osten Deutschlands im rechtsfreien Raum Gestaltungsmöglichkeiten beherzt genutzt werden können". Die Nutzung der Rechtslücken, welche in ostdeutsche Kommunen noch bestehen, sollte das für Deutschland einmalige Experiment ermöglichen.

- Während die Mitglieder des FORUM nach wie vor zur Vergangenheitsaufklärung stehen, wurde vom Parteivorstand des *Bündnis 90/ Die Grünen in Leipzig* ein Friedrich Magirius zum Kandidaten vorgeschlagen.

Magirius wußte dies zu nutzen, indem er erklärte, nun seien alle Vorwürfe bezüglich seiner Vergangenheit entkräftet. (Hierbei ist bemerkenswert, daß gerade Jochen Läßig aufgrund seiner eigenen oppositionellen Vergangenheit aus der DDR-Zeit die Rolle des Superintendenten durchaus kennt, jedoch anläßlich der Wahlveranstaltung trotz Anfrage eines Mitgliedes kein Wort zur Aufklärung beitrug.)

- Brachte das FORUM den Skandal "**Zwangsarbeit für Sozialhilfeberechtigte**" in die Öffentlichkeit und sprach sich deutlich gegen diese Erniedrigung und Entrechtung der Ärmsten aus, so wurde anfangs von bündnisgrünen Politikern der Stadt die Verantwortung dafür der Verwaltung zugeschoben - ebenso wie dies zu diesem Zeitpunkt alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung taten. Erst als durch die Medien ein öffentlicher Druck für das Thema erreicht worden war, konnten wir von bündnisgrünen Stadtverordneten ein schlaffes Ja-Aber vernehmen, man sei aufgeschlossen dafür, nur dürfe der Zwang nicht sein - ein Widerspruch in sich! Unterstützung erhielt die Bürgerbewegung bisher von keiner Stadtfraktion und es wird interessant, wie sich Stadtverordnete verhalten werden, wenn die Vorlage zur Zwangsarbeit abgestimmt werden wird.

Das *Bündnis 90/ Die Grünen in Leipzig* betont im Wahlkampf bei jeder Gelegenheit, es hätte „die besseren Leute“. - Darüber wollen wir nicht urteilen, offen bleibt jedoch die Frage, für welche Politik es vermeintlich die besseren Leute habe.
Damit genug der Worte zum *Bündnis 90/ Die Grünen*, denn den Wahlkampf möchten wir vornehmlich **gegen** die **PDS** als Inbegriff antiemanzipatorischer Politik der Vergangenheit und heute unglaubwürdiger Scheinopposition wie **gegen** die ehemalige Blockpartei **CDU** als Inbegriff heutiger antiemanzipatorischer und antisozialer Politik führen.

Deshalb möchten wir die kommunalpolitisch Interessierten einladen, mit uns Grundsätze einer Kommunalpolitik zu diskutieren, mit welchen wir uns dafür einsetzen, daß Bedingungen geschaffen werden, unter welchen Kinder, Frauen und Männer selbstbestimmt leben können, z.B.

- Direkte Beteiligung der EinwohnerInnen (auch der einwohnenden Ausländer) bei der politischen Willensbildung auf allen kommunalen Ebenen! (Stadtvolksabstimmungen)
- Kommunalhaushalt für die Einwohner, mit dem die dringend benötigten sozialen, medizinischen, kulturellen und ökologischen Leistungen nicht abgebaut, sondern als öffentlich finanzierte Aufgaben gesichert werden können !
- Leistungsfähiger Öffentlicher Dienst statt Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen ! (1990: 28.000 Beschäftigte, heute noch ca. 13.000!) Keine Stellenstreichung im Öffentlichen Dienst!
- Keine kommunale Zwangsarbeit für Sozialhilfeberechtigte, keine Kürzung von Sozialleistungen! Zusätzliche Sozialleistungen für Hilfeberechtigte (z.B. Paß für Nahverkehr und Kulturveranstaltungen zum Nulltarif!)
- Keine Dienstpflicht der BürgerInnen gegenüber dem OBM!
- Transparenz der Stadtverwaltung mit Auskunftspflicht gegenüber und mit Akteneinsichtsrecht für EinwohnerInnen !
- Sicherung statt Privatisierung kommunalen Wohnungsbestandes und Nichtanerkennung der „Altschulden“ durch die Kommune!

- Starke Kontrolle der Auftragsvergabe; keine kommunalen Aufträge an Firmen, die nicht tarifgerecht entlohnen und an Rüstungsbetriebe!
- Alle Ausgaben und Spenden der öffentlichen Hand für private Unternehmer müssen auf den Prüfstand! (Subventionen nur unter Bedingungen)
- Keine Privatisierung der Jugendclubs und -freizeiteinrichtungen!
- Bereitstellung institutioneller Förderungen für gemeinnützige Vereine statt ausschließlich projektbezogener! (z.B. Mietkosten)
- Wiedergutmachung für alle von der Stadt verursachten Schäden gegenüber EinwohnerInnen! (z.B. tarifgerechte Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit)
- Solange der berüchtigte § 218 nicht ersatzlos gestrichen worden ist, soll die Stadt konfessionsfreie Beratungsstellen fördern und die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche übernehmen!
- Weitgehender Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.
- Einbeziehung der Betroffenen und der Öffentlichkeit bei der Entscheidungsfindung im Stadtparlament (z.B. Öffentlichkeit aller Ausschüsse)!

Wir laden Euch, die Ihr an einem gemeinsamen Wahlantritt interessiert seid, für

Dienstag - 15. März 1994 - 19 Uhr

in die Demmeringstraße 40 (Nähe Lindenauer Markt) ein.
Sollte der Termin nicht günstig sein, so ruft bitte unter den beiden oben angegebenen Nummern an, damit wir einen anderen vereinbaren können.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag des NEUEN FORUM Leipzig

Oliver Kloß
(Sprecher)